

Wäre die freie Schulwahl am Ende nicht viel fairer?

Die Tagesstrukturen in unseren Schulen sind ein halbherziger Kompromiss. Damit fördern sie letztlich die soziale Segregation



Claudia Franziska Brühwiler

Wenn du eine private Lösung in der Nähe hast, nutze sie», schloss meine Bekannte ihren Bericht zum Kindergartenstart ihres Sohnes. Entsetzt hatte ich mir angehört, wie es dem Buben ergangen war: Im ersten Kindergartenjahr dauert der Regelunterricht nur gerade von halb neun bis zwölf Uhr - arbeitende Eltern melden ihre Kinder daher im Hort und zum Mittagstisch an. Wer vom Hort dieselbe Betreuung erwartet, die viele Kinder von den Kinderkrippen, den Kitas, gewohnt sind, wird enttäuscht. So fühlte sich auch der Sohn meiner Bekannten unwohl in einer Gruppe mit Kindern, die bis zu doppelt so alt waren wie er. Beim freien Spiel packte er kurzerhand seine Sachen und zog von dannen. Ein Passant brachte den weinenden Jungen zur Polizei - im Hort fiel sein Fehlen erst eine Stunde später auf. Er sei aber die ganze Zeit überwacht gewesen, versicherte eine wenig schuldbewusste Leiterin den aufgebrauchten Eltern.

Diese Episode ist nun zwei Jahre her, und ich habe inzwischen noch mehr Anekdoten gesammelt von Kindergärtnerinnen, die zwischen Klassenzimmer und Hort schlicht ver-gessen werden und in verkehrsreichen Quartieren allein den Weg zum richtigen Schulhaus finden müssen. Natürlich gibt es ebenso viele Erfolgsgeschichten, gemäss

deren das öffentliche Hortwesen tadellos funktioniert und sich Kinder gut aufgehoben fühlen. Doch betreffen die Negativbeispiele private Einrichtungen, wären diesen längst die Kunden davongelaufen. Wessen Kinder im öffentlichen Hort schlecht betreut sind, der wehrt sich oft nicht, sondern sucht resigniert nach Alternativen - schliesslich muss das Kind ja noch einige Jahre in derselben Schule zurechtkommen und soll nicht wegen seiner schwierigen Eltern leiden.

Ohnehin kommt mit dem Kindergarten-eintritt ein böses Erwachen für berufstätige Eltern: Während die mediale Debatte den Anschein erweckt, der Knackpunkt für die Vereinbarkeit von Kind und Karriere seien Krippenplätze, ist die eigentliche logistische Meisterleistung erst danach gefragt. Zwar kann die Suche nach einer guten Krippe Zeit und Nerven kosten, doch nach erfolgreicher Anmeldung hat man für rund viereinhalb Jahre eine verlässliche Lösung. Spätestens ein Jahr vor dem Wechsel ins öffentliche Schulsystem ist die Herrlichkeit vorbei. Je nach Wohnort sitzt man bis Ende Mai auf Nadeln, welchem Kindergarten das Kind zugeteilt wird, um dann wieder zu warten, ob der Änderungsantrag erfolgreich ist. Kreative Eltern nutzen schon im Vorfeld gewisse ideologische Tendenzen der Schulpflege und drohen damit, ihr Kind jeweils mit dem Auto zu bringen, wenn es in einen entlegenen Kindergarten kommt. An die Standort-schliesst sich die Betreuungsfrage an, wobei sich die meisten dann ausgeliefert fühlen: Innerhalb der bis zum Semesterstart verbleibenden Wochen eine private Lösung zu finden, ist oft ausgeschlossen.

Eigentlich wäre eine Reform überfällig, doch so richtig will kein politischer Druck entstehen. Linke zelebrieren das Modell Teil-



Ein einheitliches Schulmodell kann kaum den Bedürfnissen sowohl traditioneller Familien als auch arbeitender Eltern gerecht werden.

zeit arbeitender Eltern, die sich problemlos die Kinderbetreuung aufteilen können, während Konservative bei Tagesstrukturen schnell DDR-Vergleiche anstellen und gleichgeschaltete Staatskinder herbeiphantasieren. Die Konsequenz ist eine soziale Segregation: Wer es sich leisten kann, meidet den öffentlichen Hort, mitunter auch die Volksschule. Tatsächlich kann ein einheitliches Schulmodell kaum den Bedürfnissen sowohl traditioneller Familien als auch arbeitender Eltern gerecht werden. Die Lösung liegt auf der Hand: die freie Schulwahl. Wer sein Kind an eine Privatschule schicken möchte, erhält vom Staat jenen Betrag, den der öffentliche Schulbesuch kosten würde.

Doch über achtzig Prozent der Zürcher Stimmbürger lehnten 2012 eine entsprechende Initiative ab. Mehrkosten, eine drohende Zweiklassengesellschaft und die angebliche Reduktion von Bildung zur Ware lauteten die Argumente, die noch heute gegen die freie Schulwahl vorgebracht werden. Dabei liessen sich viele von diesen mit einer geschickten Ausgestaltung des Vorhabens entkräften. Damit eine Privatschule in den Genuss öffentlicher Mittel käme, dürfte sie beispielsweise keine Zuschussfinanzierung von den Eltern verlangen. Wird dies mit einem Losverfahren bei zu vielen Bewerbungen um einen Schulplatz kombiniert, hätten auch finanzschwache Familien eine echte Wahlmöglichkeit. Vielleicht ist die Zeit bald reif für einen Neuanlauf zugunsten dieses Anliegens - und vielleicht würden dann auch Reformen in der Volksschule angepackt.

Claudia Franziska Brühwiler lehrt an der Universität St. Gallen Amerika-Studien.